

Beijings Reaktion auf den Militärputsch in Thailand

Zwei Tage nach dem Coup d'Etat des thailändischen Militärs im September 2006 äußerte sich der chinesische Botschafter in Thailand, Zhang Jiujuan, dazu in einem Interview. In erster Linie betonte Zhang, dass die etwa 200.000 chinesischen Staatsbürger, die sich in Thailand aufhielten, zu keinem Zeitpunkt einer akuten Gefährdung ausgesetzt gewesen seien. Zwar habe die chinesische Botschaft in Bangkok über ihre Website die Einrichtung einer telefonischen Hotline bekannt gegeben, doch habe es keine Anrufe von chinesischen Bürgern in Thailand oder sonstige Bitten um Unterstützung gegeben. Dies zeige, so Zhang, dass die politischen und militärischen Kräfte Thailands in der Lage seien, ihre internen Probleme auf friedliche und harmonische Weise beizulegen.

Der Militärputsch ist aus chinesischer Sicht eine rein innenpolitische Angelegenheit, der keinerlei außenpolitische Dimension zu eigen ist. Nach Ansicht des chinesischen Botschafters existierten in Thailand zwar eine ganze Reihe politischer Parteien mit unterschiedlicher Programmatik. Allen sei jedoch gemeinsam, dass sie in ihrer positiven Bewertung der engen Beziehungen zur Volksrepublik China übereinstimmen. Auch der Coup d'Etat werde daran nichts ändern.

Am 2. Oktober begrüßte das chinesische Außenministerium auch die Einsetzung des neuen Ministerpräsidenten durch die Putschisten. Mit Surayud Chulanont war ein ehemaliger Militärkommandeur dazu bestimmt worden, nachdem eine Interimsver-

fassung in Kraft getreten war, die dem Militär erhebliche Machtbefugnisse einräumt und Einschränkungen von Versammlungs- und Pressefreiheit vorsieht. Im Gegensatz zu kritischen Äußerungen aus anderen asiatischen Staaten ließ das chinesische Außenministerium mitteilen, Beijing sei glücklich über die Stabilisierung der Lage in Thailand und wünsche Thailand eine harmonische und wirtschaftlich prosperierende Gesellschaft. (ZXS, 21.9.06, nach BBC PF, 23.9.06; WSJ, 2.10.06)

Innenpolitik

Katrin Willmann

Lokaler Korruptionsskandal mit nationaler Bedeutung

Seit August 2006 untersucht die Disziplin-kontrollkommission des ZK der KPCh einen der größten Finanzskandale in der regierungsunmittelbaren Stadt Shanghai. Damit initiierte sie eine großangelegte Antikorruptionskampagne innerhalb der politischen Führungsspitze und einiger Großunternehmen in Shanghai, die neue machtpolitische Konstellationen in Shanghai mit Auswirkungen auf die höchsten Parteikreise zur Folge hat.

Kernpunkt des Skandals ist der jahrelange Missbrauch von Geldern des Shanghaier Rentenfonds. Die Gesamtsumme soll mehr als ein Drittel des gesamten Rentenfonds betragen. So sollen illegale Darlehen in Höhe von 3,2 Mrd. Yuan RMB (320 Mio. Euro) in die Shanghai Fuxi Investment Holding Co. und 800 Mio. Yuan RMB (80 Mio. Euro)

in die China Huawei Investment getätigt worden sein, die in Straßen- und Immobilienprojekte investiert wurden. Wie das Wirtschaftsmagazin *Caijing* analysierte, dürften dabei die Doppelfunktion eines Verwalters und Investmentmanagers des Rentenfonds sowie der Druck, die allgemein defizitären Rentenkassen aufzufüllen, den Missbrauch durch Mitarbeiter der Behörde für Arbeit und Soziale Sicherheit begünstigt haben.

Zunächst wurden im Zuge der Untersuchungen Zhu Junyi, der als Chef der Shanghaier Behörde für Arbeit und Soziale Sicherheit den Rentenfonds verwaltet, und Qin Yu, früherer persönlicher Referent des Shanghaier Parteisekretärs Chen Liangyu und Leiter des Stadtbezirks Baoshan, verhaftet. Am 25. September d. J. folgte die Ämterenthebung des 59-jährigen Shanghaier Parteisekretärs und gleichzeitigen Politbüromitglieds Chen Liangyu. Dies ist die ranghöchste Absetzung seit 1995, als der Beijinger Parteisekretär Chen Xitong aus seinem Amt entfernt wurde (vgl. C.a., 1995/4, Ü 9). Wie Xinhua meldete, wird dem bis dato mächtigsten Mann an der Spitze Shanghais zur Last gelegt, durch Amtsmissbrauch und Nepotismus in den Korruptionsskandal verwickelt gewesen zu sein.

Der Kreis der Involvierten erweitert sich unterdessen stetig. Allein im Berichtszeitraum August bis September 2006 war in Medienberichten von bis zu 20 weiteren hochrangigen Beamten und Führungspersonen im Parteikomitee sowie Direktoren beteiligter Bau- und Investmentfirmen die Rede, die verhört, abgesetzt oder verhaftet wurden. Dazu zählen der Direktor der Shanghai Fuxi Investment Holding Co. und der

Shanghai Electric Group, Zhang Rongkun, der einen erheblichen Anteil der Gelder empfangen haben soll, Sun Luyi, stellvertretender Generalsekretär des Shanghaier Parteikomitees, und Xu Jianguo, Direktor der einflussreichen Shanghaier Wirtschaftskommission. Mit einer weiteren Ausweitung des Beschuldigtenkreises ist zu rechnen. Mitarbeiter des Staatlichen Bauministeriums überprüfen inzwischen die Immobilienmärkte, und auch das Management der Rentenfonds wird landesweit einer intensiven Prüfung unterzogen.

Die Analyse des Shanghaier Korruptionsskandals, in dessen Mittelpunkt Chen Liangyu steht, ist facettenreich. Erstens stellt die Zentralregierung innerhalb kürzester Zeit ein weiteres Mal ihren starken Willen im Antikorruptionskampf unter Beweis, indem Führungskader persönlich evaluiert werden und zu dessen Zielgruppe nun auch Politbüromitglieder und Provinzparteisekretäre gehören. Erst im Juli d. J. waren der Vizebürgermeister Beijings und ein Vizeadmiral der Marine verhaftet worden (vgl. C.a., 4/2006, S. 114-115). Gleichzeitig wird im Vorfeld der ZK-Plenartagung im Oktober d. J., auf der wirtschafts- und sozialpolitische Themen ganz oben auf der Agenda stehen dürften, und im Vorfeld des XVII. Parteitag im Herbst 2007 die Glaubwürdigkeit der parteistaatlichen Führung unter Hu Jintao und Wen Jiabao bei der Umsetzung ihrer politischen Agenda der sozialen Harmonie und des nachhaltigen, qualitativ messbaren Wirtschaftswachstums gestärkt, zählt Korruption innerhalb der lokalen Führung doch zu den häufigsten Auslösern gesellschaftlicher Proteste.

Zweitens legt dieser Fall ein weiteres Mal die tiefe Verwurzelung und Brisanz des Korruptionsproblems offen, zumal es sich hier um Gelder eines der chronisch unterfinanzierten Sozialversicherungsfonds handelt (siehe dazu auch die Dokumentation in der Rubrik „Gesellschaft“). Ein weiterer Beweis der Größe des Korruptionsproblems zeigt sich auch im Bericht des Staatlichen Rechnungshofes von 2005, der im September d. J. veröffentlicht wurde. Demnach veruntreuen alle 42 überprüften Regierungsinstitutionen öffentliche Gelder.

Drittens konnte Staats- und Parteichef Hu Jintao einen weiteren Erfolg für seine eigene Machtkonsolidierung und die ihm nachfolgende Führungsgeneration im Vorfeld des nächsten Parteitages erzielen, bei dem das Politbüro und das ZK der KPCh neu besetzt werden. Hier vermuten vor allem Hongkonger Beobachter eine mutwillige Schwächung der „Shanghai-Clique“ um den Amtsvorgänger Hus, Jiang Zemin (siehe dazu auch die nachfolgende Dokumentation). Da Chen Lianyu wegen seiner Tätigkeit in der Machtbasis Hu Jintaos, dem Kommunistischen Jugendverband, nicht als „reines“ Mitglied der Shanghai-Fraktion zugerechnet werden kann, scheint dieses dichotome Erklärungsmuster nicht fundiert genug. Ohnehin wird inzwischen in Frage gestellt, ob diese Polarisierung der intraelitären Machtverhältnisse tatsächlich alle politischen Entscheidungsprozesse widerspiegelt. Durch die kommissarische Besetzung des Amtes des Parteisekretärs mit dem Bürgermeister Shanghais, Han Zheng, und durch den zusätzlich freigewordenen Sitz im Politbüro ist in jedem Fall der Spielraum für

eine Machtsicherung Hus durch die Besetzung strategisch wichtiger Positionen mit Verbündeten erweitert.

Eines der wichtigsten Signale sendet die zentralstaatliche Führung mit der Amtsenthebung Chens an die „Provinzfürsten“, insbesondere in den prosperierenden südostchinesischen Provinzen. Offensichtlich wird von ihnen nachdrücklich ein vollständiges Mittragen des wirtschaftlichen und politischen Kurses der Parteispitze verlangt. Chen war bereits während einer Politbürositzung im Juli 2004 als offener Kritiker der zunehmend qualitativ ausgerichteten Wirtschaftspolitik der Parteiführung in den Blickpunkt geraten. Chen hatte dieser vorgeworfen, mit ihrer Strategie die Konjunktur schlicht abzuwürgen und eine harte Landung zu riskieren (vgl. C.a., 7/2004, Ü 8).

Zwar hatten sich noch im Frühjahr 2006 die Anzeichen gemehrt, dass der in Ungnade gefallene Chen, dessen Absetzung immer wahrscheinlicher wurde, „rehabilitiert“ und auf seine gewissenhafte Umsetzung zentralstaatlicher Politik vertraut wurde (vgl. C.a., 3/2006, S. 115-116). Seine Ämterenthebung gibt jedoch Hinweise darauf, dass er nicht aus dem Blickfeld verschwunden ist. Gemäß der jüngsten Vorwürfe wurden in Shanghai die zentralstaatlichen Bemühungen um eine Abkühlung des überhitzten Immobilienmarktes aktiv untergraben (vgl. C.a., 4/2006, S. 129-131). (*taz*, 26.9.06; FT, 28.8., 27., 28.9.06; NZZ, 30.8., 27.9.06; SCMP, 26.8., 26., 27., 29., 30.9.06, 2.10.06; *Yomiuri Shimbun*, 28.9.06, nach BBC PF, 30.9.06; FAZ, 29.9.06; XNA, 11.8., 27., 28.9.06; ST, 28., 30.9.06; WSJ, 27.9.06; *Economist*, 9.9.06;

IHT, 6.9.06; ZTS, 25.9.06, nach BBC PF, 26.9.06)

Publizistisches Vermächtnis Jiang Zemin

Kurz vor seinem 80. Geburtstag am 17. August 2006 zog der ehemalige Staats- und Parteichef Jiang Zemin die Aufmerksamkeit auf sich, als Anfang August mehrere Bücher von ihm bzw. über ihn veröffentlicht wurden. Hierbei handelt es sich um eine Dokumentation seiner Auslandsreisen mit dem Titel „Für eine bessere Welt“ und um „Ausgewählte Schriften des Jiang Zemin“ in drei Bänden.

Anlässlich der Veröffentlichung der Dokumentation Jiangs außenpolitischer Errungenschaften wurde in Anwesenheit früherer Diplomaten eine Zeremonie im staatlichen Gästehaus Diaoyutai abgehalten. Die Veröffentlichung der „Ausgewählten Schriften“, die Reden, Briefe, Berichte, Dekrete und Gesprächsnotizen im Zeitraum von 1988 bis 1997 umfassen, feierten staatliche Medien als „herausragendes Ereignis“. Meldungen der Nachrichtenagentur Xinhua gaben den Inhalt detailliert wieder. Das ZK der KP-Ch rief mittels neuer Bestimmungen die Parteimitglieder und das Volk zum Studium der „Ausgewählten Schriften“ auf. Auch sein Nachfolger Hu Jintao pries die Schriften als „bestes Lehrbuch“ für Jiangs parteiideologisches Vermächtnis der „Dreifachen Repräsentation“, für eine Weiterentwicklung der Partei und als Grundlage für die Entwicklung eines Sozialismus chinesischer Prägung (XNA, 21.8.06). Zum tieferen Verständnis

seiner Schriften wurde zudem ein Begleitbuch veröffentlicht.

In der überschwänglichen Lobpreisung von Jiangs Schriften durch Hu Jintao sahen Hongkonger Medien einen weiteren Beweis für die offensichtlich notwendige Machtkonsolidierung Hus. Dies gelinge, indem Jiang auf die Stufe seiner Amtsvorgänger gehoben und damit als Führungspersönlichkeit der Vergangenheit bestätigt werde, um so potenzielle Versuche einer politischen Einflussnahme zu unterbinden.

Eine weniger pointierte Deutung anderer Beobachter sieht darin schlicht ein symbolisches, und zwar nicht aus machtpolitischen Aspekten erzwungenes, aber dennoch deutliches Zeichen für ein Ende der Jiang-Ära, das durch den ungewöhnlichen Umstand einer derart frühzeitigen Veröffentlichung des Lebenswerkes einer Führungspersönlichkeit unterstützt werde. Trotz der Formulierung eigener und sich vom Vorgänger deutlich abgrenzender parteipolitischer Konzepte sei es zudem eine Ehrerbietung für den ehemaligen Staats- und Parteichef kurz vor dessen 80. Geburtstag. (FT, 9.8.06; Xinhua, 10., 11., 12.8.06, nach BBC PF, 15., 17.8.06; *Economist*, 26.8.06; RMRB, 10.8.06; *Ping Kuo Jih Pao*, 10., 22.8.06, nach BBC PF, 15., 23.8.06; ST, 16.8.06; SCMP, 2., 16.8.06; NZZ, 18.8.06; *China Brief*, vol. 6, issue 18, 6.9.06)

„Aufwertung“ der Rechte lokaler Volkskongresse

Der Ständige Ausschuss des NVK verabschiedete am 27. August 2006 das „Überwachungsgesetz der VR China für die Stän-

digen Ausschüsse der Volkskongresse aller Ebenen“, das am 1. Januar 2007 in Kraft treten wird. Xinhua veröffentlichte das Gesetz noch am selben Tag in voller Länge.

Kommentaren der staatlichen Presse war zu entnehmen, dass ein solches Überwachungsgesetz seit 1987 erarbeitet wird. Der erste Entwurf wurde im Jahr 2002 vorgelegt. Ziel sei, die Überwachungsfunktion der Abgeordneten zu stärken und Amtsmissbrauch administrativer und judikativer Organe zu verhindern. Das nun verabschiedete Gesetz soll den Allgemeinen Grundsätze zufolge sicherstellen, dass die Ständigen Ausschüsse (StA) der Volkskongresse aller Verwaltungsebenen ihre Kontrollfunktion ausüben und damit die „sozialistische Demokratie“ und die Rechtsstaatlichkeit fördern.

Das Partizipations- bzw. Kontrollrecht der StA der lokalen Volkskongresse umfasst die Arbeitsberichte der lokalen Regierungen, Volksgerichte und Staatsanwaltschaften, die Einnahmen- und Ausgabenberechnungen der lokalen Regierungen, Änderungen des Staatlichen Entwicklungsplans für Wirtschaft und Soziales und die Implementierung bestehender und die Formulierung neuer Bestimmungen.

Die Verbesserung der Regierungskapazität war auf der 4. Plenartagung des ZK der KPCh im September 2004 Themenschwerpunkt (vgl. C.a., 9/2004, Ü 7). In den vergangenen zwei Jahren wurde bereits die stärkere Partizipation der Abgeordneten des Nationalen Volkskongresses und auch der Parteimitglieder im Rahmen einer zunehmenden „innerparteilichen Demokratisierung“ in verschiedenen Regularien festgeschrieben (vgl. C.a., 10/2004, Ü 13; 4/2005, Ü 9).

Obleich ein Experte der Zentralen Parteischule gemäß eines Berichts Hongkonger Medien in dem neuen Gesetz einen Beweis für die „graduelle politische Reform“ unter der Regierung des Führungsteams Hu Jintao und Wen Jiabao sah, scheint hiermit weniger eine „Aufwertung“ der lokalen Volkskongresse als vielmehr ein legislatives Aufsichtsorgan bezweckt. Eher scheinen nun auch die lokalen Volkskongresse in die Pflicht genommen zu werden, was eine Effizienzsteigerung und Gewährleistung der Implementierung zentralstaatlicher Entscheidungen auf der Lokalebene zum Ziel haben dürfte. (Xinhua, 27.8.06, nach BBC PF, 4.9.06; XNA, 28.8.06)

Wahlen zu Volkskongressen auf Lokalebene

Vom 1. Juli 2006 bis 31. Dezember 2007 werden die Abgeordneten der Volkskongresse auf Kreis- und Gemeindeebene erstmals gleichzeitig direkt gewählt.

Eine solche zeitlich parallele Wahl auf beiden Verwaltungsebenen ist erst seit der Verfassungsänderung im Herbst 2004 möglich. Die Verfassungsänderung enthielt außerdem eine Verlängerung der Amtsperiode der Gemeinderegierungen von bislang drei auf jetzt fünf Jahre. Wie die Nachrichtenagentur Xinhua meldete, werde mit insgesamt 900 Mio. Wählern gerechnet, die mehr als zwei Mio. Abgeordnete in 35.400 Volkskongressen auf Gemeindeebene und 2.800 Volkskongressen auf Kreisebene wählen.

Besonders in denjenigen Kreisen und Gemeinden, in denen sich im vergangenen Jahr immer wieder z. T. gewaltsam nie-

dergeschlagene gesellschaftliche Proteste am Amtsmissbrauch lokaler Funktionäre entzündeten wie im südchinesischen Taishi (Provinz Guangdong), wird mit einer höheren Bewerberzahl unabhängiger Kandidaten gerechnet, die nicht von der KPCh nominiert wurden. Die Motivation der Bewerber dürfte die Durchsetzung von immer wieder verletzten Bürgerrechten auf politischer Ebene sein. Was den möglicherweise erhofften Erfolg ihrer Bemühungen anbelangt, ist auf die begrenzte Einflussmöglichkeit lokaler Volkskongress-Abgeordneter hinzuweisen. Volkskongresse üben lediglich eine Beratungsfunktion für die lokalen Regierungen aus.

In der südchinesischen Provinz Guangdong könnte die Wahl unabhängiger Kandidaten formal durch die Änderung des Wahlrechts erleichtert werden. Kandidaten sollen dort erstmals offiziell eigene Wahlkampagnen durchführen dürfen. Staatliche Medien rühmten diesen Schritt als Weiterentwicklung der Basisdemokratie, die die Verantwortlichkeit der Abgeordneten vor der Öffentlichkeit stärke. Gleichzeitig kursierten im September d. J. jedoch Meldungen über behördlichen Widerstand gegen die Kandidatur eines Rechtsaktivisten in der Sonderwirtschaftszone Shenzhen und über Zusammenstöße von Wahlberechtigten mit Sicherheitskräften in Jiangmen (Provinz Guangdong), weil diese ihre Disqualifizierung befürchtet haben sollen, die eine Wahl ihrer Kandidaten gefährden würde.

Wie Hongkonger Medien berichteten, soll die chinesische Regierung außerdem erstmals Journalisten landesweit über Restriktionen bei der Berichterstattung in-

struiert haben. So dürften weder einzelne Wahlen noch Wahlkampagnen von Kandidaten, sondern lediglich allgemeine Wahl-trends Inhalt ihrer Berichterstattung sein.

Wenngleich die Stadt Yanan (Provinz Sichuan) Hongkonger Medienberichten zufolge noch weitergehende Experimente bei den Direktwahlen macht, die eine Wahl von zehn städtischen Regierungsämtern ermöglichen, ist mit einer landesweiten Ausweitung des Direktwahlprinzips auf höheren Verwaltungsebenen nicht zu rechnen. (XNA, 27.6.06; Xinhua, 25.7.06, nach BBC, 26., 27.7.06; MB website, 7., 9., 17.8.06, 21.9.06, nach BBC PF, 10., 11., 19.8.06, 22.9.06; RMRB website, 31.8.06, nach BBC PF, 8.9.06; SCMP, 11.9.06; WSJ, 14.9.06; www.chinaelections.org)

Neue Regelungen zur Landnahme

Um einerseits die Interessen der Bauern zu schützen, zumal illegale Landnutzung häufig Auslöser für gesellschaftliche Proteste ist, und andererseits wirtschaftliche Überhitzungstendenzen aufgrund von Investitionen in Infrastrukturprojekte entgegenzuwirken, veröffentlichte der Staatsrat im September 2006 neue Regelungen zur Landnutzung und zur Kompensation von Landnahme. Darin wird den Lokalregierungen, deren unzureichende Umsetzung bestehender Bestimmungen kritisiert wird, deutlich mehr Verantwortung zugewiesen. Folgende Inhalte der neuen Regelungen wurden bekannt:

- Die Kompensationszahlungen für die zwangsumgesiedelte ländliche und auch

städtische Bevölkerung sollen verdoppelt werden.

- Die Gebühren und Steuern für Landnutzung sollen erhöht werden und lokale Behörden sind angehalten, bis Ende des Jahres die ausstehenden Gebühren einzutreiben.
- Für den Verkauf von Agrarflächen zur nichtagrarischen Nutzung soll ein Minimalpreis festgelegt werden.
- Bei der Genehmigung einer Nutzung von Agrarflächen für Bauprojekte soll zukünftig die Verantwortlichkeit der lokalen Behörden gestärkt werden. Die Genehmigung solcher Projekte soll nicht mehr einzeln, sondern nur noch einmal jährlich den Provinzregierungen berichtet und dem Staatsrat zur Zustimmung vorgelegt werden.
- Neue Bauprojekte sollen der Genehmigung der lokalen Stelle der Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission bedürfen und bei der Umwandlung von Agrarflächen muss nachgewiesen werden, dass möglichst wenig Agrarfläche für den Bau benutzt wird.
- Sollten Agrarflächen gegen den Willen der Besitzer bebaut werden, sei eine Anhörung verpflichtend.

Fortschritte in der Gewährleistung von privatem Eigentumsrecht an ländlichem Grund und Boden wurden indes nicht gemacht. Inzwischen prüfte der Ständige Ausschuss des NVK im August d. J. einen fünften Gesetzentwurf. Solange keine klare Definition bäuerlicher Eigentumsrechte gesetzlich festgeschrieben wird, sind Regelungen wie die jüngst veröffentlichten wohl nur als

„Kosmetik“ und als Verschiebung von Verantwortlichkeiten zu betrachten (siehe dazu auch die Dokumentation in der Rubrik 'Gesellschaft') (XNA, 14.8., 5.9.06; RMRB, 13.8.06, nach BBC PF, 22.8.06; Xinhua, 22.8., 5.9.06, nach BBC PF, 30.8., 7.9.06; ST, 6.9.06; SCMP, 8., 27.9.06)

Prominente Aktivisten im Zentrum staatlicher Repression

Neben der Verurteilung zweier Journalisten, die sich während ihrer Tätigkeit für ausländische Medien der Spionage schuldig gemacht haben sollen (siehe dazu „Im Fokus“ in diesem Heft), wurden im August 2006 ferner zwei weitere prominente Rechtsaktivisten verhaftet bzw. verurteilt.

Der blinde Menschenrechtsaktivist Chen Guangcheng wurde zunächst verhaftet. Nur wenige Tage später verurteilte ihn ein Gericht in der Stadt Lingyi (Provinz Shandong) zu einer Haftstrafe von vier Jahren und drei Monaten. Dem 34-Jährigen wird zur Last gelegt, öffentliches Eigentum beschädigt und Verkehrsbehinderungen organisiert zu haben. Chen setzte sich gegen die von lokalen Funktionären forcierten Zwangsabtreibungen und -sterilisationen in seiner Provinz Shandong ein und war bestrebt, die Verantwortlichen wegen der Missstände bei der Einhaltung der staatlichen Geburtenquoten mit einer Sammelklage vor Gericht zu bringen.

Wie internationale Medien berichteten, habe eine Untersuchung der Nationalen Kommission für Bevölkerung und Familienplanung Ende 2005 gezeigt, dass Chens Verdacht nicht unbegründet war (vgl. C.a.,

5/2005, Dok 27). Die Lokalregierung habe den Aktivisten jedoch trotzdem unter Hausarrest gestellt, bevor er aufgrund anderer Vorwürfe inhaftiert und schließlich verurteilt worden sei. Chens Verteidiger seien ebenfalls Repressalien ausgesetzt gewesen, die seine Verteidigung einschränkten.

Wenige Tage vor der Verhaftung Chen Guangchens nahmen Sicherheitskräfte in Beijing den bekannten Rechtsanwalt Gao Zhisheng in Gewahrsam. Ihm werden, ohne weitere Spezifizierung, „illegale“ Aktivitäten vorgeworfen. In den Blickpunkt der Sicherheitskräfte rückte Gao, weil er sich für Zwangsumgesiedelte, Anhänger der Falungong-Bewegung und Mitglieder der chinesischen Untergrundkirche eingesetzt hat. In offenen Briefen kritisierte er die Politik der chinesischen Regierung zudem direkt. Im Dezember 2005 hatte man ihm bereits seine Anwaltslizenz entzogen. Im Februar 2006 hatte Gao aus Protest gegen die zunehmenden Repressalien gegen Dissidenten und im Gefolge der gewaltsamen Niederschlagung von Bauernprotesten in Taishi (Provinz Guangdong) im September 2005 einen Hungerstreik initiiert, der sich landesweit ausgebreitet hatte (vgl. C.a., 2/2006, S. 112-113).

Die zentrale Regierung setzt damit ihre Repressalien gegen Juristen und Aktivisten fort, die sich für die Opfer von Landnahme, Umweltzerstörungen und der staatlichen Willkür einsetzen. Die Verurteilung von Chen Guangcheng liefert zudem ein Beispiel dafür, wie sich Lokalbehörden gegenüber der Zentralregierung abgrenzen und ihr eigenes Machtpotenzial ausnutzen. (IHT, 19./20., 25.8.06; WSJ, 24.8.06; ST, 25.8.06;

NZZ, 25.8.06; SCMP, 30.8.06; MB website, 19.8.06, nach BBC PF, 21.8.06; FAZ, 15.9.06)

Stilles Gedenken des Todestags Mao Zedongs

Gemäß der Vorgabe des Staatlichen Hauptamtes für Presse und Verlagswesen jährte sich der 30. Jahrestag des Erdbebens von Tangshan am 28. Juli 2006 und der 30. Todestag Mao Zedongs am 9. September 2006 ohne kritische Kommentierungen und öffentliche Diskussionen chinesischer Medien (vgl. C.a., 3/2006, S. 110-113; 4/2006, S. 116-117). Nach dem 40. Jahrestag des Beginns der Kulturrevolution konnten somit weitere wichtige Gedenktage als befürchtete Auslöser für Proteste, die die soziale Stabilität gefährden könnten, vermieden werden.

Staatliche Medien und die chinesische Führung gedachten dem einstigen Staatsführer Mao Zedong eher still. Die Gedenkfeiern fielen insgesamt in einem bescheidenen Rahmen aus. In der Großen Halle des Volkes fand ein Konzert mit Revolutionsliedern statt und in der Internetausgabe des Parteiorgans *Renmin Ribao* (Volkszeitung) konnte Mao virtuell gedacht werden. War dort bereits vom „Großen Mao Zedong“ die Rede und nicht mehr vom „Großen Führer“, scheuten sich die Autoren in der Printausgabe ferner nicht, auch „linkslastige Fehler“ in der offiziellen Biographie Maos aufzuzählen. An der Beurteilung der KPCh, dass nur 30% seiner Leistungen schlecht seien, ändert sich bislang nichts. Dennoch weist nach Einschätzung internationaler Beobachter der Inhalt neuer Geschichtsbücher für

Shanghaier Schüler der Sekundarstufe auf eine weitere Distanzierung vom Revolutionsführer hin. Dort werde dem chinesischen Kommunismus vor Beginn der Wirtschaftsreformen im Jahr 1979 wenig Platz gewidmet. Mao Zedong werde in nur einem einzigen Satz erwähnt. (SCMP, 29.7., 10., 11.9.06; XNA, 9.9.06; ST, 29.7., 2., 7., 8., 9.9.06; FAZ, 9.9.06; FT, 9.9.06; NZZ, 11.9.06; IHT, 1.9.06)

Bildung und Wissenschaft

Katrin Willmann

Revidiertes Pflichtschulgesetz

Am 1. September 2006 trat das revidierte Pflichtschulgesetz (*yiwu jiaoyu fa*) in Kraft. Inhaltlich zielt die Änderung des Gesetzestextes von 1986 vor allem auf eine Verbesserung des Bildungszugangs für Kinder in ländlichen Gebieten und für Migrantenkinder in den Städten ab.

Das geänderte Gesetz sichert Kindern von Migranten das Recht auf Bildung und die schulische Integration zu. Alle lokalen Regierungen an den Zielorten der Zuwanderer mit Kindern sind nun gesetzlich verpflichtet, die Einhaltung der neunjährigen Schulpflicht in ihrem Zuständigkeitsbereich zu gewährleisten.

Bereits in den Jahren 1998 und 2002 wurden Bestimmungen erlassen, die die Rechte der Migrantenkinder auf Schulbildung an den Zielorten stärkten und die Lokalregierungen dafür in die Pflicht nahmen (vgl.

C.a., 1998/3, Ü 26, 2002/7, Ü 32). Dabei zeigte sich jedoch, dass die eingeschränkte Aufnahme in öffentlichen Schulen die praktische Umsetzung der Regularien erschwerte. Dieser stehen oftmals die fehlende Registrierung und das erhöhte Schulgeld für Migrantenkinder entgegen. Lokale Regierungen haben daraufhin z.B. Schulgelder gesenkt, Stipendien vergeben und das Wohnrecht geändert (vgl. C.a., 2004/4, Ü 15). In Beijing wurden 2004 Schulgebühren für Migrantenkinder sogar abgeschafft und von Zuwanderern selbst eingerichtete und verwaltete Schulen werden seither dabei unterstützt, die erforderlichen Standards zu erreichen (vgl. C.a., 2/2005, Ü 26).

Im September 2006 kündigte die Stadtverwaltung von Beijing nun weitere Finanzhilfen in Höhe von 80 Mio. RMB Yuan für Unterrichtsmaterial und die Schulausstattung in Migratenschulen an. In Beijing soll es nach Angaben staatlicher Medien 49 staatlich zugelassene Privatschulen und mehr als 100 Privatschulen ohne Zulassung geben. Aufgrund der mittlerweile 2,8 Mio. Wanderarbeiter und 370.000 Migrantenkinder in Beijing würden Migrantenschulen „wie Pilze aus dem Boden schießen“, so Xinhua.

Ein widersprüchliches Signal geht von der gleichzeitigen Schließung von 37 Migrantenschulen im Beijinger Bezirk Haidian aus. Angeblich waren Sicherheitsmängel und die Tatsache, dass es zu wenig qualifizierte Lehrer gab, für die Entscheidung der Behörden ausschlaggebend. Chinesische Medien kritisierten, dass 15.000 Schüler seither keinen Schulplatz hätten, weil die Aufnahmekapazitäten vieler staatlicher Schulen erschöpft seien.